

Aufbruch zum digitalen Lückenschluss



Gerhard Hartinger (Bürgermeister St. Nikolai im Sausal), Barbara Eibinger-Miedl, Hermann Schützenhöfer, Herbert Jöbstl
LAND STMK/STREIBL

Mit einer im Frühjahr eingerichteten Breitbandgesellschaft will die Steiermark beim Glasfaser-Ausbau endlich aufholen. Jetzt erfolgte der Baustart in St. Nikolai im Sausal. Weitere millionenschwere Projekte werden folgen.

Von Manfred Neupe

Notstandsgebiet“, „rückständig“, „unterentwickelt“ – wenn es um die Internetversorgung über schnelles Glasfasernetz geht, sind es wenig schmeichelhafte Zuschreibungen wie diese, die in Österreich zu hören sind. Dieser „Nachzügler“-Status lässt sich auch statistisch belegen: Laut OECD-Vergleich liegt der Anteil an Glasfaseranschlüssen hierzulande bei 2,3 Prozent, der OECD-Schnitt hingegen bei 24,8 Prozent. Da der Bedarf an hohen Bandbreiten stetig steigt, ist der Internet-Turbo zu einem mitentscheidenden Standortfaktor geworden.

Seit Jahrewird an diversen Strategien gefeilt, wie die Aufholjagd gelingen kann. Auch in der Steiermark. Mit 1. März hat schließlich – unter Leitung des langjährigen früheren Telekom-Managers Herbert Jöbstl – die Breitbandgesellschaft des Landes ihre Arbeit aufgenommen. Unter dem Namen SBIDI (Steirische Breitband- und Dateninfrastrukturgesellschaft) hat der Kampf gegen die „weißen Flecken“ bei der Glasfaser-Versorgung begonnen. Klar ist: Die Zeit drängt. Gestern wurde in St. Nikolai im Sausal der erste Baustart im Zuge dieses Projekts feierlich begangen. Rund 8,5 Millionen Euro werden hier investiert, um die bisher glasfaserfreie Gemeinde an die Datenautobahn anzubinden, wie Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und die zuständige Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl betonen.

Die Anschlüsse für die Kunden sollen Mitte 2020 in Betrieb genommen werden. Es soll erst der Anfang sein. Denn in den kommenden Wochen starten auch in St. Stefan, wo ebenfalls 8,5 Millionen Euro investiert werden, sowie in St. Martin (4,2 Millionen Euro Investitionsvolumen) die Bauarbeiten. Für die nächsten vier bis fünf Jahre sind laut Jöbstl mehr als 100 Millionen Euro veranschlagt.

Für September, wenn die nächsten Calls im Zuge der Breitbandmilliarde des Bundes anstehen, werden die nächsten steirischen Glasfaserprojekte eingereicht. Voraussetzung für einen Ausbau sei neben der digitalen Unterversorgung ein entsprechendes Interesse der Bevölkerung. „Mindestens 40 Prozent der Haushalte müssen ihr Interesse bekunden und einen Vorvertrag für einen Breitbandanschluss unterzeichnen“, so Jöbstl.

„**Wir stärken** damit die Regionen unseres Landes. Denn auch unsere regionalen Unternehmen brauchen das Breitbandinternet, um ihre Produkte und Dienstleistungen auch überregional verkaufen zu können“, betont Schützenhöfer. Das funktioniert nur, „wenn sich die öffentliche Hand stärker als bisher engagiert“, so Eibinger-Miedl. In St. Nikolai werden insgesamt rund 100 Kilometer Leerrohre verlegt und mehr als 90 Verteiler errichtet. Wie berichtet, kommt dabei mit dem „Layjet“ eine steirische Innovation zum Einsatz. Das Gerät der Layjet Micro-Rohr Verlegegesellschaft aus Ebersdorf ermöglicht es, dass die Leerverrohrungen für die Glasfasernetze in einem einzigen Arbeitsschritt in das Bankett von Straßen verlegt werden. Laut Jöbstl können die Arbeiten so schneller und günstiger vollzogen werden. Die Nachfrage nach dem Glasfaser-Ausbau nehme in der Steiermark spürbar zu. **In einigen Betrieben** in den Regionen herrsche in puncto schneller Internetanbindung „Notstand“, so Jöbstl. Auch Tourismusbetriebe sowie Haushalte würden Bedarf anmelden. „Das ist ein echtes Standortkriterium.“

Auch Eibinger-Miedl unterstreicht: „Wir müssen sicherstellen, dass auch der ländliche Raum mit schnellem Internet versorgt ist, damit sich unsere Regionen im Zeitalter der Digitalisierung positiv entwickeln können und Arbeitsplätze erhalten bleiben.“

Die Finanzierung erfolgt primär über die genannte „Breitbandmilliarde“ des Bundes, die je nach Förderprogramm zwischen 50 und 75 Prozent der jeweiligen Projektkosten abdeckt. Der Rest entfällt laut Jöbstl auf das Land sowie die Gemeinde. Unterm Strich trage die jeweilige Kommune im Schnitt rund sieben Prozent der Investitionskosten, so Jöbstl.

